

Zur Ausstattung der deutschen Regionen entlang der Grenze zu Polen mit wichtigen Wachstumsfaktoren

Die deutschen Regionen entlang der Grenze zu Polen gelten als wirtschaftlich schwach. Über deren künftige wirtschaftliche Entwicklung besteht – nicht zuletzt angesichts der bevorstehenden EU-Osterweiterung – große Unsicherheit. Vor diesem Hintergrund versucht der Beitrag, mehr Licht in die Debatte über die Zukunft der Grenzregionen zu bringen. Die Untersuchungsergebnisse zeigen zweierlei. Erstens ist der Grenzraum kein homogener Raum. Einzelne Teilräume weisen durchaus Stärken auf: die Universitätsstädte – erwartungsgemäß – beim Humankapital und beim Dienstleistungsbesatz. Andere Kreise zeichnen sich durch einen hohen Industriebeschäftigtenanteil und durch überdurchschnittliche Industrieinvestitionen aus. Zweitens sind zwar die Grenzregionen bei der Ausstattung mit wichtigen Wachstumsdeterminanten im Durchschnitt etwas schlechter als Ostdeutschland als Ganzes gestellt. Dies trifft aber auch auf viele andere strukturschwache Regionen in Ostdeutschland zu. Gravierender als die intra-ostdeutschen Unterschiede fallen die Unterschiede im Vergleich zu den alten Ländern aus.

Unsicherheit über wirtschaftliche Perspektiven der Grenzregionen

Die deutschen Regionen entlang der Grenze zu Polen sind Teilräume Ostdeutschlands, die als besonders strukturschwach gelten. Über deren künftige wirtschaftliche Entwicklung besteht in der öffentlichen wie politischen Diskussion – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der bevorstehenden EU-Osterweiterung – ein hohes Maß an Unsicherheit.²⁴ Um etwas mehr Licht in die Diskussion

²⁴ Beispielsweise werden von der Europäischen Kommission im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung die drei an die Beitrittsländer grenzenden ostdeutschen Bundesländer Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zu den „am stärksten benachteiligten“ Grenzgebieten gezählt (neben den griechischen Grenzräumen und dem österreichischen Burgenland) (KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN: Mitteilung der Kommission über die Auswirkungen der Erweiterung für die an Beitrittsländer angrenzenden Regionen. Gemeinschaftsaktion für Grenzregionen, Brüssel, den 25.7.2001, KOM (2001) 437 endgültig, S. 4.

über die Entwicklungsperspektiven dieser Grenzregionen zu bringen, sind verschiedene Untersuchungsansätze denkbar. Einer davon betrifft die Frage, wie die Grenzregionen mit Faktoren ausgestattet sind, die als bedeutsam für das regionale Wirtschaftswachstum gelten. Anhand der Ausstattung mit diesen Faktoren soll die Frage beantwortet werden, ob tatsächlich die Grenzregionen generell schlechter gestellt sind als Ostdeutschland als Ganzes oder ob es nicht zumindest einzelne Teilräume entlang dieser Grenze gibt, die aufgrund ihrer Ausstattung mit wichtigen Wachstumsdeterminanten eine günstige ökonomische Entwicklung erwarten lassen.

Die Auswahl wichtiger Wachstumsdeterminanten und deren Operationalisierung mit Hilfe geeigneter Indikatoren²⁵ folgt einer wachstumstheoretischen Vorstellung, wonach die regionale Entwicklung von der Ausstattung mit verschiedenen Wachstums- oder Potenzialfaktoren bestimmt wird: von der Ausstattung mit Human- und Sachkapital, von den Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, von der sektoralen und der funktionalen Struktur sowie den Unternehmensstrukturen.

In der vorliegenden Untersuchung wurden als Indikatoren herangezogen:

- der Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss als Merkmal der Humankapitalausstattung;
- die Patentanmeldungen als Indikator der Forschung und Entwicklung;²⁶

²⁵ Für die Zwecke der vorliegenden Untersuchung wurde auf das bereits in verschiedenen anderen Untersuchungen des IWH verwendete Indikatorensystem zurückgegriffen. Vgl. insbesondere BARJAK, F. et al.: Regionalanalyse Ostdeutschland: Die wirtschaftliche Situation der Länder, Kreise und kreisfreien Städte im Vergleich, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 2/2000, S. 31-55, hier speziell S. 36-37. – ROSENFELD, M. T. W.; HEIMPOLD, G.: Gefälle zwischen vergleichbaren Regionen in Ost und West: Ostdeutsche Ballungsräume haben es schwer!, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 15/2002, hier speziell S. 488-489.

²⁶ Anders als die zur Operationalisierung der Human- und Sachkapitalausstattung herangezogenen Indikatoren, die allesamt Input-Größen darstellen, handelt es sich bei den Patentanmeldungen um Outputgrößen. Mit Blick auf das regionale Wirtschaftswachstum stellen die Patentanmeldungen jedoch eher eine Art „Zwischenprodukt“ dar, das in vermarktungsfähige Produkte und Verfahren münden muss.

- die Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Gesamtbeschäftigung in der Region sowie die Beschäftigtenanteile in wichtigen Funktionalbereichen (kaufmännische, distributive) als Merkmale der sektoralen bzw. der funktionalen Struktur;
- die Industrieinvestitionen sowie die Investitionsausgaben der Gemeinden zur Abbildung der Sachkapitalausstattung (mangels Kreisdaten über den Sachkapitalstock);
- die Pro-Kopf-Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen und die durchschnittliche Größe der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe als Indikatoren der Unternehmensstrukturen.

Bevor die Untersuchungsergebnisse zur Ausstattung der Grenzregionen mit den genannten Faktoren vorgestellt werden, soll noch die räumliche Abgrenzung der Regionen entlang der Grenze zu Polen erläutert werden. Zur *Grenzregion* werden jene neun deutschen Kreise und die beiden kreisfreien Städte Frankfurt (Oder) und Görlitz gezählt, die an Polen angrenzen (vgl. Karte).

Zusätzlich werden zwei kreisfreie Städte einbezogen, die von einem an Polen angrenzenden Kreis umschlossen sind (Greifswald, Cottbus). Diese Abgrenzung ist zugleich regionalpolitisch relevant, denn diese 13 Kreise gehören zur räumlichen Förderkulisse der europäischen Grenzraumförderung Interreg III A.²⁷

Humankapitalausstattung:

Universitätsstädte in der Grenzregion mit Vorteilen

Weil erwartet werden kann, dass Regionen, die über eine gute Ausstattung mit Humankapital verfügen, Vorteile im überregionalen Standortwettbewerb haben, ist die Ausstattung mit Hochqualifizierten eine wichtige Entwicklungsdeterminante. Zur Abbildung dieser Determinante wird hier der *Anteil der Beschäftigten mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss* herangezogen. Hinsichtlich der Ausstattung mit Hochschulabsolventen

waren die deutschen Kreise entlang der Grenze zu Polen im Durchschnitt etwas schlechter als die neuen Länder insgesamt ausgestattet – der Anteil der Hochqualifizierten lag in der Grenzregion um 1,2 Prozentpunkte unter dem ostdeutschen Durchschnitt (vgl. Tabelle), jedoch um 1,2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der alten Länder insgesamt.²⁸ Deutlich überdurchschnittlich fielen – was nicht überraschend ist – die Hochqualifiziertenanteile in den vier kreisfreien Städten Greifswald, Frankfurt (Oder), Cottbus und Görlitz aus, die zugleich Hochschulstandorte sind. Am geringsten war der Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss dagegen in den beiden ländlichen Kreisen im Nordosten, Uecker-Randow und Ostvorpommern, sowie im Kreis Spree-Neiße.

Weil die formale Qualifikation zwar eine notwendige, aber noch keine hinreichende Voraussetzung für das Hervorbringen und die Nutzung von neuen Technologien in den Grenzregionen ist, soll der Blick auf die Forschung und Entwicklung gerichtet werden.

Forschung und Entwicklung:

generelle Schwäche – mit wenigen Ausnahmen

Als Indikator der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten kann man tendenziell die *Patentanmeldungen* ansehen. Betrachtet werden die Patentanmeldungen nach dem Erfindersitz. Diese geben tendenziell Auskunft über das Kreativitätspotenzial der Region. Die Zahl der *Patentanmeldungen* je 100 000 Einwohner lag im Zeitraum 1995-2000 in den Grenzkreisen bei 58,8. Damit belief sich die Patendichte in den Grenzregionen auf 54,4% des ostdeutschen Durchschnittswertes. Die Patentanmeldungen nach dem Erfindersitz je 100 000 Einwohner überstiegen lediglich in den beiden Universitätsstädten Greifswald und Cottbus den ostdeutschen Durchschnittswert. Es folgten hinsichtlich der Pro-Kopf-Patentanmeldungen der Niederschlesische Oberlausitzkreis (ein Kreis mit – gemessen am ostdeutschen Durchschnitt – relativ hohem Industriebeschäftigtenanteil) und die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder), die Wissenschafts- und Forschungsstandort ist.

²⁷ Vgl. KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN: Mitteilung der Kommission an die Mitgliedsstaaten vom 28.4.00 über die Leitlinien für eine Gemeinschaftsinitiative betreffend die transeuropäische Zusammenarbeit zur Förderung einer harmonischen und ausgewogenen Entwicklung des europäischen Raums INTERREG III, Brüssel, K(2000) 1101 – DE, S. 22 f., in: http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/guidelines/pdf/inter_de.pdf, gelesen am 29.11.2002.

²⁸ Das Problem einer eventuell zwischen neuen und alten Ländern bestehenden nicht vollständigen Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen konnte hier nicht berücksichtigt werden.

Karte:

Kreise und kreisfreie Städte in der Bundesrepublik Deutschland entlang der Grenze zur Republik Polen



Quelle: Kartenerstellung mit ESRI Arcmap™ 8.2; Darstellung des IWH.

Tabelle:

Ausgewählte Indikatoren zur Charakterisierung der wirtschaftlichen Situation in den deutschen Kreisen entlang der Grenze zur Republik Polen

Bezeichnung des Indikators (Maßeinheit)	Kreisfreie Stadt/Landkreis/Region																			
	Zeitpunkt/-Zeitraum	Cottbus	Frankfurt (Oder)	Barnim	Märkisch-Oderland	Oder-Spree	Spree-Neiße	Uckermark	Greifswald, Hansestadt	Ostvorpommern	Uecker-Randow	Görlitz	Niederschlesischer Oberlausitzkreis	Löbau-Zittau	Grenzregion insgesamt	Neue Länder (NBL) insgesamt (einschl. Berlin)	Alte Länder (ABL) insgesamt (Flächenländer sowie Bremen und Hamburg)	Zahl der Grenzkreise/übrigen Gebietseinheiten in den NBL mit Indikatorwerten unter dem Durchschnitt der NBL	Relation Grenzregion insgesamt zu NBL insgesamt (NBL insgesamt = 100%)	Relation Grenzregion insgesamt zu ABL insgesamt (ABL insgesamt = 100%)
Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss (%)	2001 ^a	14,0	11,3	7,8	7,7	9,1	6,9	8,1	13,1	7,4	6,5	11,5	9,7	9,8	9,4	10,6	8,2	9/79	88,4	113,9
Patentanmeldungen (Zahl je 100 000 EW)	1995-2000	118,3	76,4	65,8	37,7	62,0	39,8	39,0	131,2	32,3	8,4	73,4	82,9	56,3	58,8	108,0	291,8	11/81	54,4	20,2
Beschäftigtenanteile (in % der SVB im Kreis/in der Region):																				
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	2001 ^a	0,6	0,7	2,8	6,1	3,9	3,7	6,6	1,7	4,9	5,1	2,1	5,2	3,5	3,6	2,7	0,9	4/31	137,0	423,5
Bergbau, Steine und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	2001 ^a	8,3	6,3	12,6	11,9	19,8	21,0	16,3	9,6	10,4	10,6	17,5	19,8	19,6	14,3	16,8	29,2	8/34	85,4	49,0
Energie- und Wasserversorgung	2001 ^a	2,1	1,2	0,7	0,8	2,3	5,3	1,2	0,8	4,5	0,7	1,5	4,8	1,0	2,1	1,1	0,9	5/75	184,0	230,0
Baugewerbe	2001 ^a	7,0	9,0	13,2	15,4	14,7	15,4	13,5	7,6	10,2	12,1	5,2	12,5	14,0	12,1	10,5	6,5	5/27	115,4	185,0
Dienstleistungen	2001 ^a	82,0	82,8	70,7	65,8	59,3	54,6	62,4	80,3	70,0	71,6	73,7	57,7	61,9	67,9	68,9	62,4	6/77	98,5	108,7
kaufmännische Funktionen ^c	2001 ^a	5,2	5,2	3,3	3,3	3,2	2,4	3,2	3,7	2,5	3,2	4,4	2,9	3,2	3,5	4,8	7,2	11/82	73,0	48,2
distributive Funktionen ^d	2001 ^a	7,0	5,2	8,2	8,5	7,5	7,9	6,8	3,5	6,2	5,8	4,1	9,2	5,2	6,8	6,6	6,7	6/47	102,9	102,4
Betriebliche Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Euro/EW)	1995-2000	972	501	855	1 251	6 496	6 452	6 472	517	1 952	587	2 537	1 708	1 495	2 863	2 834 ^b	3 701 ^b	10/66	101,0	77,3
Ausgaben der Gemeinden für Sachinvestitionen (Euro je EW)	1995-2000	1 623	3 364	1 889	1 978	2 294	1 974	2 644	2 361	2 659	2 208	2 596	2 279	2 209	2 250	2 370 ^e	1 634 ^e	9/52	94,9	137,7
Unternehmensdichte (USt-Pflichtige je 10 000 EW)	2000	280,3	278,1	317,0	314,1	289,8	270,9	237,4	231,9	296,0	239,1	247,1	261,5	290,5	280,0	298,9	368,2	11/57	93,7	76,1
Industriebetriebsgröße (SVB je Betrieb)	2001 ^a	15,1	13,8	14,4	13,1	22,5	15,6	21,6	24,4	15,6	13,6	27,4	16,6	16,4	17,1	20,3	32,9	9/61	84,5	52,1

Abkürzungen: EW = Einwohner; USt = Umsatzsteuer; SVB = sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. – ^a Berechnet auf der Grundlage der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Stand 30.06. –

^b In die Berechnung dieses Durchschnittswertes wurden in den neuen Ländern 108 administrative Gebietseinheiten (Landkreise und kreisfreie Städte sowie Bremen und Hamburg) und in den alten Ländern 314 administrative Gebietseinheiten (Landkreise und kreisfreie Städte sowie Bremen und Hamburg) einbezogen, bei denen in sämtlichen Jahren 1995-2000 Investitionsdaten ausgewiesen waren und keine Datenlücken wegen unbekannter Zahlenwerte oder Geheimhaltungsgründen auftraten. – ^c Berufsordnungen 681, 683, 687, 691-694, 701-706. – ^d Berufsordnungen 711-714, 716, 721-726, 741-744. – ^e Durchschnittswerte für die Flächenländer.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit, Greif, S.; Schmiedl, D.: Patentatlas Deutschland – Ausgabe 2002. Dynamik und Strukturen der Erfindungstätigkeit, Deutsches Patent- und Markenamt, München 2002; Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Statistik Regional. Daten für die Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands, Ausgabe 2002; Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter; Berechnungen des IWH.

**Sektoralstrukturen:
ausgeprägte funktionsräumliche Arbeitsteilung**

Die Sektoralstrukturen in den Kreisen entlang der Grenze zu Polen sind Ausdruck einer ausgeprägten funktionsräumlichen Arbeitsteilung. Wegen der naturräumlichen Gegebenheiten war – erwartungsgemäß – in den Grenzkreisen im Durchschnitt die Beschäftigung in den Branchen Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei stärker als im Durchschnitt Ostdeutschlands ausgeprägt. Der Industriebeschäftigten-Anteil fiel entlang der Grenze nur in wenigen Kreisen besonders hoch aus.²⁹ Dies war im Spree-Neiße-Kreis, im Oder-Spree-Kreis, im Niederschlesischen Oberlausitzkreis und im Kreis Löbau-Zittau der Fall. Der Anteil des Baugewerbes fiel entlang der Grenze – gemessen am durchschnittlichen Beschäftigtenanteil dieses Wirtschaftsbereichs in Ostdeutschland – überdurchschnittlich aus. Dies traf auf acht von dreizehn Grenzkreisen zu. Beim Dienstleistungssektor waren die höchsten Beschäftigtenanteile in den kreisfreien Städten entlang der Grenze, also in Frankfurt (Oder), Cottbus, Greifswald und Görlitz zu verzeichnen.

Weil der Beschäftigtenanteil im Dienstleistungssektor nur ein grober Indikator für die „Modernität“ der Sektoralstruktur sein kann, soll im Folgenden der Blick noch auf zwei Funktionalbereiche gerichtet werden, die für jegliche unternehmerische Aktivität von Bedeutung sind, und zwar auf *kaufmännische und distributiven Funktionen* (Verkehr, Lagerhaltung). Zu deren Abbildung werden jedoch nicht Beschäftigtendaten nach Branchen, sondern solche nach Berufen zugrunde gelegt. Die Ausstattung mit kaufmännischen und distributiven Funktionen fällt in den Grenzregionen – je nach Funktion – unterschiedlich aus. Im Durchschnitt lag der Anteil der Beschäftigten in kaufmännischen Berufen³⁰ in den Grenzkreisen

um ein Viertel unter jenem in Ostdeutschland insgesamt. Bei den distributiven Funktionen weist der herangezogene Indikator auf eine besondere Spezialisierung auf diese Funktionen in den Grenzregionen hin. Der Beschäftigtenanteil in distributiven Berufen (Verkehr, Lagerwirtschaft, Transport) lag über dem ostdeutschen und auch über dem westdeutschen Vergleichswert.

**Sachkapitalausstattung:
Überdurchschnittliche gewerbliche Investitionen
in Kreisen mit traditionellen Industriestandorten**

Die *Industrieinvestitionen* (als Indikator der Ausstattung mit privatem Sachkapital) lagen im Zeitraum 1995-2000 mit 2 863 Euro je Einwohner leicht über dem Durchschnitt der neuen Länder (einschließlich Berlin). Den Durchschnittswert für die alten Länder erreichten sie jedoch nicht. Sie lagen um rund 23% unter dem westdeutschen Durchschnitt. Die – im Vergleich zu Ostdeutschland als Ganzes – überdurchschnittlichen Pro-Kopf-Investitionen sind jedoch nur auf überdurchschnittliche Investitionen in drei Kreisen zurückzuführen: Oder-Spree, Uckermark und Spree-Neiße. In allen diesen Kreisen gibt es altindustrielle Standorte, in denen die regionale Wirtschaftspolitik seit Beginn der 90er Jahre mittels Investitionsförderung eine Restrukturierung und Modernisierung unterstützt hat. In den übrigen zehn Kreisen lagen dagegen die Industrieinvestitionen unter dem ostdeutschen Durchschnitt.

Die *Investitionsausgaben der Gemeinden* als wichtige Bestandteile der öffentlichen Investitionen, die die Standortattraktivität für Unternehmen ebenso wie für private Haushalte beeinflussen, lagen im Grenzraum nahe beim ostdeutschen Durchschnitt. Innerhalb der Gruppe der Grenzkreise fällt allerdings eine große Differenzierung auf: Die höchsten Pro-Kopf-Investitionen gab es in Frankfurt (Oder), gefolgt von den ländlich geprägten

²⁹ Für die Zwecke dieser Untersuchung wurden unter „Industrie“ die Wirtschaftsabschnitte Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe und Steine/Erden subsummiert.

³⁰ Bei der hier vorgenommenen Abgrenzung kaufmännischer Berufe wurde ansatzweise versucht, nur jene Berufsordnungen einbeziehen, die potenziell auch für den überregionalen Absatz relevant sind. Zu diesem Zweck wurden einige Berufsordnungen, die von der Bezeichnung her eher als konsumnah angesehen werden können, z. B. Apotheker und Tankwarte, nicht in die Berechnung einbezogen. Eine eindeutige Zuordnung lässt sich jedoch auf der Ebene der

3-Steller (Berufsordnungen) nicht vornehmen, weil z. B. die Berufs-Ordnungs-Nummer 681 sowohl Groß- als auch Einzelhandelskaufleute oder die Berufsordnungs-Nr. 683 neben Verlagskaufleuten auch Buchhändler umfasst (vgl. zu den Details der Zuordnung die Angaben in der Fußnote zur Tabelle). Eine ähnliche Problematik stellt sich auch bei den distributiven Berufen. Insofern stellt die gewählte Abgrenzung der kaufmännischen Funktionen ebenso wie jene der distributiven Funktionen nur eine grobe Näherung dar.

Kreisen Ostvorpommern und Uckermark. Deutlich unter dem Durchschnitt blieben dagegen die Pro-Kopf-Investitionen in Cottbus und in den Gemeinden der Kreise Barnim, Märkisch-Oderland und Spree-Neiße. Mithin zeigt sich kein klares Disparitätenmuster zugunsten etwa der kreisfreien Städte oder zugunsten der ländlich geprägten Kreise. Offenbar wird das Bild stark von der individuellen Situation der kommunalen Haushalte geprägt.

Geringe Unternehmensdichte und Industriebetriebsgröße: nicht nur in den Grenzregionen

Die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung in den Grenzregionen hängen, wie bereits einleitend angedeutet, nicht nur von der oben dargestellten Ausstattung mit Human- und Sachkapital sowie von den Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten ab, sondern auch von den Unternehmensstrukturen. Zur Abbildung der Unternehmensstrukturen werden hier zum einen der Unternehmensbesatz und zum anderen die durchschnittliche Industriebetriebsgröße herangezogen.

Es wird davon ausgegangen, dass ein hoher *Unternehmensbesatz* eine wichtige Wachstumsdeterminante darstellt, weil er insbesondere die Herausbildung von Netzwerkbeziehungen und Clustern, die in der Regionalökonomik eine wichtige Rolle bei der Erklärung regionalen Wirtschaftswachstums spielen, begünstigen kann. Ein Blick auf die Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen je 10 000 Einwohner, die hier als Indikator für den Unternehmensbesatz herangezogen wurde, zeigt, dass diese nur in zwei Kreisen – Barnim und Märkisch-Oderland (beide grenzen auch an Berlin) – über dem ostdeutschen Durchschnitt lag. In den Kreisen Ostvorpommern, Oder-Spree und in Löbau-Zittau waren die Werte zumindest nahe am ostdeutschen Durchschnitt. Besonders niedrig fiel die Unternehmensdichte in Greifswald und in den Kreisen Uckermark und Uecker-Randow aus. Deutlich größer als im intra-ostdeutschen Vergleich fielen allerdings die Unterschiede zur Unternehmensdichte in den alten Ländern aus. Dies lässt vermuten, dass es sich bei der geringen Unternehmensdichte weniger um ein Grenzlandproblem, sondern eher um ein Problem der neuen Länder insgesamt handelt.

Was die *Größe der Betriebe* betrifft, kann erwartet werden, dass kleine Betriebe häufig von Informationsasymmetrien und Finanzierungsproblemen betroffen sind,³¹ die z. B. den Eintritt in neue Märkte, etwa Auslandsmärkte, erschweren können. Die Betriebsgröße, und zwar jene in der Industrie, lag – gemessen an der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe je Betrieb – in den Grenzregionen im Durchschnitt nur bei rund 85% des ostdeutschen Vergleichswertes. Gravierender fällt allerdings der Unterschied zur durchschnittlichen Industriebetriebsgröße in den alten Ländern aus. Dies kann als Indiz dafür angesehen werden, dass die Betriebe in den Grenzregionen beispielsweise beim Bemühen um Eintritt in neue Märkte – wie in vielen anderen Regionen im Binnenland – mit größenspezifischen Markteintrittsbarrieren konfrontiert sein können.

Regionalpolitische Schlussfolgerungen

Die hier zur Untersuchung der Ausstattung der Grenzregionen mit zentralen Wachstumsdeterminanten herangezogenen Indikatoren zeigen, dass die Grenzregionen bei den meisten Indikatoren zwar Ausstattungsnachteile im Vergleich zu Ostdeutschland als Ganzes haben, die jedoch auch in vielen anderen Teilräumen Ostdeutschlands zu verzeichnen sind. Auffällig ist jedoch – wie die Daten in der Tabelle zeigen – dass die Unterschiede zwischen den Grenzregionen und Ostdeutschland eher gering ausfallen, verglichen mit den Unterschieden zu den westdeutschen Durchschnittswerten. Dies deutet darauf hin, dass eine Reihe von Schwächen in der Ausstattung mit wichtigen Wachstumsfaktoren weniger mit der Grenzlandsituation, sondern eher mit den generellen Problemen des Aufholprozesses der ostdeutschen Wirtschaft zu tun haben. Mithin kommt für die Verbesserung der Ausstattung der Grenzregionen mit wichtigen Wachstumsfaktoren jenes Förderinstrumentarium infrage, das für Ostdeutschland als Ganzes zur Verfügung steht. Allerdings sollte auf die funktionsräumliche Arbeitsteilung

³¹ Vgl. z. B. KLEMMER, P.; FRIEDRICH, W.; LAGEMAN, B. u. a.: Mittelstandsförderung in Deutschland – Konsistenz, Transparenz und Ansatzpunkte für Verbesserungen, in: Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, H. 21, 1996, S. 34 f. und S. 71.

innerhalb der Grenzregion, wie sie sich in der Untersuchung gezeigt hat, Rücksicht genommen und die Mittel sollten dort konzentriert werden, wo sie den höchsten Effekt erwarten lassen.

Neben den Problemen des ostdeutschen Aufholprozesses, die auch die Grenzregionen betreffen, sind letztere noch von speziellen Hindernissen, die hier nicht Gegenstand der Untersuchung waren, betroffen – von den Barrierewirkungen der Grenze selbst. Dazu zählen z. B. die Staus an den

Grenzübergängen, punktuell fehlende Grenzübergänge, mangelnde Kenntnisse der rechtlichen Rahmenbedingungen und der Sprache des Nachbarlandes. Um diese Barrierewirkungen gezielt abzubauen, gibt es speziellen Handlungsbedarf – für die Grenzregionen selbst wie für die betreffenden Länder, den Bund und die EU.

Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de

Plädoyer für eine Sicherung des statistischen Datenangebots

In letzter Zeit mehren sich Bestrebungen, das Datenangebot der amtlichen Statistik mehr und mehr einzuschränken, einmal um auf diese Weise die Unternehmen von Bürokratiekosten zu entlasten, zum anderen aber auch, um so einen Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu leisten. So sinnvoll diese Ziele auch sind, besteht doch die Gefahr, dass damit der Politik immer weniger Wissen über die Wirklichkeit zur Verfügung steht, was letzten Endes dazu führen muss, dass auf gesicherter empirischer Grundlage stehende wirtschaftspolitische Entscheidungen nicht mehr möglich sind. Zwangsläufig träten dann immer stärker persönliche Erfahrungen oder gar demoskopische Widerspiegelung an die Stelle wirtschaftspolitischer Rationalität. Um dies zu verhindern, ist es auch weiterhin notwendig, wichtige Statistiken erheben zu lassen und hierfür den Statistischen Ämtern hinreichende Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Der Mangel an statistischen Informationen gefährdet darüber hinaus auch die Qualität der (wirtschafts-)politischen Beratung – ganz abgesehen davon, dass diese Restriktion dazu führen, dass nicht das inhaltliche Erkenntnisinteresse, sondern in immer stärkerem Maße die bestehenden Datenrestriktionen Forschungsfragen und Forschungsdesign bestimmen. Das IWH appelliert deshalb auch aus diesem Grund an alle Verantwortlichen, weitere Einschränkungen der statistischen Informationsbasis nicht vorzunehmen, sondern, im Gegenteil, die statistischen Grundlagen für Forschung und wirtschaftspolitische Beratung zu verbessern. Das heißt zum Beispiel, Zahl und Qualität statistischer Erhebungen nicht weiter zu verschlechtern, Verwaltungsdaten auch für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung verfügbar zu machen oder auch die datenschutzrechtlichen Bestimmungen für wissenschaftliche Zwecke zu lockern. Ohne eine ausreichende empirische Basis droht die Gefahr, dass die wirtschaftspolitische Beratung in eine Rolle gerät, in der sie bestenfalls theoriegeleitete, im schlimmsten Fall ideologiegeleitete Empfehlungen abgeben kann. Dies aber kann nicht im Interesse der Politik sein.

Joachim.Ragnitz@iwh-halle.de